

Zwei LKW-Ladungen mit Akten und Ordnern

LINKES Pressegespräch vor weiteren Zeugenbefragungen im Untersuchungsausschuss

Bevor am 5. September der Thüringer Landtags-Untersuchungsausschuss zur NSU-Mordserie (Kurzname: „Rechtsterror und Behördenversagen“) mit weiteren Zeugen-Befragungen seine Arbeit nach der parlamentarischen Sommerpause wieder aufgenommen hat, haben die beiden Ausschussmitglieder der Fraktion DIE LINKE, Martina Renner und Katharina König, auf einer Pressekonferenz (s. Foto) über die aus ihrer Sicht dringend aufzuklärenden Fragen sowie Schwerpunkte der nächsten Monate informiert.

Nachdem der Untersuchungsausschuss des Bundestages („Terrorgruppe nationalsozialistischer Untergrund“) seinen Abschlussbericht vorgelegt und aus zeitlichen Gründen beispielsweise das Tatgeschehen rund um das Auffliegen des NSU am 4.11.2011 in Eisenach gar nicht bearbeitet hat, wächst die Verantwortung für die Tätigkeit des Thüringer Ausschusses.

Ein singulärer Vorgang

So hätten sich bei den bisherigen Zeugenbefragungen massive Widersprüche zwischen den Aussagen der Vertreter der Polizei und der des Thüringer Landesamtes für Verfassungsschutz (TLFV) ergeben, denen jetzt intensiv nachgegangen werden müsse, sagte Martina Renner auf der Pressekonferenz und bezeichnete es als einen singulären Vorgang, dass damals das Landesamt für Verfassungsschutz die Ermittlungstätigkeit vom LKA (Landeskriminalamt) übernommen hatte.

Die LINKE-Landtagsabgeordnete warf einige der vom Untersuchungsausschuss noch zu klärenden Fragen auf. So zum Beispiel die nach der Motivation des TLFV. Leistete der Verfassungsschutz Amtshilfe oder handelte

es sich um eigenständige Operationen und mit welchem Ziel? Welche Maßnahmen zum Auffinden des NSU-Trios hat allein das Bundesamt für Verfassungsschutz zu verantworten? Gab es neben dem VS-Landesamt Sachsen weitere Landesämter, die eingeschaltet waren? Welche Verbindungen im NSU-Umfeld gab es zur Organisierten Kriminalität?

Weiterer intensiver Nachforschungen bedürfe auch die Schredderaktion beim VS-Bundesamt am 11.11.2011. „Wir bezweifeln, dass die vernichteten Akten keinen Bezug zum NSU hatten“, betonte Katharina König und kündigte

nichts geändert habe. Auf Nachfrage der Journalisten sagte Katharina König, dass für den Landtagsuntersuchungsausschuss in der noch bis zum nächsten Sommer reichenden Legislatur von mindestens 17 weiteren Sitzungen mit öffentlichen Zeugenvernehmungen ausgegangen werde. Der Aufklärungswille sei bei den Mitgliedern aller Fraktionen vorhanden, allerdings würde sie sich freuen, wenn dies auch in einem vertieften Aktenstudium deutlich würde.

Die Vertreter der Linksfraktion absolvieren im seit eineinhalb Jahren arbeitenden Untersuchungsausschuss

einen enormen Kraftakt. Würden alle Akten und Unterlagen ausgedruckt und in Ordnern verladen, kämen wohl an die zwei LKW-Ladungen zusammen. Mit weiterem Material ist zu rechnen.

„Sie wird eine große Lücke hinterlassen“

Mit Blick auf die Bundestagswahlen ist mit großer Wahrscheinlichkeit damit zu rechnen, dass Martina Renner mit einer neuen Linksfraktion in den neuen Bundestag einziehen wird. Sie werde eine große Lücke hinterlassen in der Fraktion und im Untersuchungsausschuss, betonte Katharina König mit Verweis auf die Kompetenz und das große Engagement ihrer Fraktionskollegin.

„Aber wir werden in engem Kontakt bleiben“, sagte die Abgeordnete und kündigte an, dass über die Nachfolge für den Untersuchungsausschuss, in dem Martina Renner auch stellvertretende Vorsitzende ist, die Fraktion entscheiden wird.

A. Rudolph



einen Antrag auf Vorlage der wiederhergestellten Akten an.

Zudem seien parlamentarische Initiativen notwendig, zu denen Novellierungen des Thüringer Polizeiaufgabengesetzes und des Thüringer Untersuchungsausschussgesetzes (zur Stärkung der Abgeordnetenrechte) gehören. Außerparlamentarisch gelte es, insbesondere dem gesellschaftlichen und institutionellen Rassismus entschiedener zu begegnen u.a. durch die Auflage eines entsprechenden Bundesprogramms.

Mit Blick auf Bedrohungen, Übergriffe und Anschläge betonten die beiden Abgeordneten, dass sich an der vom Neonazismus ausgehenden Gefahr

Peilsender

„In den letzten Jahren wurden in Thüringen fast 100 Fahrzeuge durch die Polizei und 30 Fahrzeuge vom Verfassungsschutz mit Peilsendern verwandt“, so MdL Katharina König unter Berufung auf die Antworten der Landesregierung auf ihre Anfragen. Während die Polizei im Durchschnitt ca. 12 Mal im Jahr das Überwachungsinstrument gegen Personen einsetzt, die wegen Verstößen gegen das Betäubungsmittelgesetz und Eigentumsdelikten verdächtigt werden, fehlen entsprechende Angaben für die Anwendungsbereiche beim Landesamt für Verfassungsschutz, das vorwiegend für die Beobachtung des „politischen Extremismus“ zuständig ist. Dort seien 73 Personen betroffen gewesen. ■

Bibliotheken

„Das ThuerBiBnet ist zukunftsweisend und vor allem für den ländlichen Raum sehr wichtig. Auch für Seh- und Hörgeschädigte ist die digitale Bibliothek eine gute Möglichkeit zur Teilhabe“, so Dr. Birgit Klaubert mit Blick auf die Verdopplung der Zahl der Downloads innerhalb von zwei Jahren. Die LINKE Kulturpolitikerin hofft, dass die Vernetzung zügig voranschreitet. Da allerdings Bibliotheken noch immer eine freiwillige Aufgabe von Kommunen sind, fehlt es oft an den Finanzen. DIE LINKE fordert, dass Bibliotheken ihren Bildungs- und Kulturauftrag erfüllen können. Dazu müsste das Thüringer Bibliotheksgesetz geändert werden, das die Bibliotheken immer wieder unter den Finanzvorbehalt stellt. ■

Flughafen

„Die Finanzierung des Flughafens Erfurt-Weimar ist ein Fass ohne Boden“, so MdL Dr. Gudrun Lukin mit Blick auf die Millionen-Förderung, die hier Jahr für Jahr notwendig ist und bleibt. „Zu viele Regionalflughäfen, zu eng das Einzugsgebiet für Erfurt, noch nicht mal eine Evaluierung und Neuüberlegung des 2006 unterzeichneten mitteldeutschen Luftverkehrskonzeptes. Es wäre besser, Überlegungen für ein Gesamtverkehrswege- und Infrastrukturkonzept anzugehen, als jede Verkehrsart einzeln zu betrachten. Leidtragende sind bei verfehlten Infrastrukturentscheidungen der Landesregierungen leider wieder die umzusetzenden oder einzusparenden Beschäftigten des Flughafens Erfurt!“ ■

VON A BIS Z:

Hartz-IV-Erhöhung

Mit Blick auf die von der Bundesregierung angekündigte Erhöhung des Arbeitslosengeldes II um gerade einmal neun Euro, erklärte MdL Ina Leukefeld: „Während Strompreise und Lebenshaltungskosten immer weiter explodieren, verteilt die Bundesregierung Placebos. Hartz IV war bisher nicht existenzsichernd und wird es nach dieser Mini-Erhöhung noch weniger sein. Es wird Zeit, das unwürdige Hartz-IV-System endlich zu überwinden!“

Zunehmende Stromsperrern und immer mehr Menschen, die bei den Tafeln vorstellig werden, beweisen eindeutig, dass das Hartz-IV-System den Betroffenen nicht hilft und der Satz des Arbeitslosengeldes II viel zu gering berechnet wird. Seit Jahren fordern alle Sozialverbände eine deutliche Anhebung der Regelsätze. „Hartz IV ist Armut per Gesetz, an dieser Feststellung gibt es bis heute nichts zu rütteln. Es ist sträflich, wie Tausende Menschen auch in Thüringen von der Gesellschaft abgekoppelt werden. Hier müssen Bürgerinnen und Bürger entschlossen die Rote Karte zeigen - am 22. September und darüber hinaus“, ermutigte die Arbeitsmarktpolitikerin der Linksfraktion und verwies auf die Forderungen des Thüringer Arbeitslosenparlaments, das gerade im Thüringer Landtag zusammengekommen war: „DIE LINKE wird weiterhin gegen Hartz IV und für eine menschenwürdige Grundsicherung von 500 Euro streiten. Von der Landesregierung erwarte ich, dass sie die Mogelpackung der jetzigen Bundesregierung im Bundesrat zurückweist.“ ■

WICHTIGE TERMINE

Landtagssitzungen:

Die nächsten Plenarsitzungen des Thüringer Landtags nach der parlamentarischen Sommerpause finden in der Zeit vom 18. bis 20. September statt.

Bürgerfest:

Der Thüringer Landtag lädt in diesem Jahr zu einem „Bürgerfest rund um die Verfassung“ (20 Jahre Thüringer Verfassung) ein. Dieses findet am Samstag, den 14. September, 10 bis 16 Uhr, statt. Die LINKE hält im Landtag (Funktionsgebäude, Raum F 003) und an ihrem Stand davor ein vielfältiges Informationsangebot bereit.

Weitere aktuelle Informationen zur Arbeit der Linksfraktion im Thüringer Landtag:

www.die-linke-thl.de.